



KOMMENTARE

«1:12»- und Mindestlohn-Initiative

Wenn der Esel auf dem Eis tanzt

Kommentare Dossier: Abzockerinitiative und «1:12»-Initiative Samstag, 25. Mai

8

Empfehlen 90

Twittern 2

5

Matthias Müller

Die derzeitigen Diskussionen über den Schweizer Arbeitsmarkt tragen anachronistische Züge. Während die wirtschaftlich darbenenden südeuropäischen Länder ihre Arbeitsmärkte von bürokratischer Zentnerlast befreien sollten, um dem Millionen-Heer von Arbeitslosen wieder eine Perspektive zu bieten, gibt es in der Schweiz Überlegungen, die genau in die entgegengesetzte Richtung weisen. Für den liberalen Arbeitsmarkt hierzulande, der ein wichtiger Grund für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz ist, soll die Uhr zurückgedreht werden. Mehr statt weniger Regulierung lautet die Devise der «1:12»- und der Mindestlohn-Initiative. Sie segeln im Fahrtwind der «Abzocker»-Initiative, auch wenn es bei der Abstimmung im März dieses Jahres eigentlich um Änderungen im Aktienrecht gegangen ist. Dennoch heisst es bei den Schweizer Jungsozialisten, den «1:12»-Initianten, reisserisch, heute entschieden allein die Abzocker über die Löhne und berücksichtigten dabei nur ihr eigenes Portemonnaie.

Manager unter Generalverdacht

Damit stehen alle Manager im traditionellen KMU-Land Schweiz unter Generalverdacht. Diverse Statistiken liefern jedoch keine Belege für eine wie auch immer definierte wachsende Ungerechtigkeit. So geht aus den Zahlen des Bundesamts für Statistik hervor, dass in den vergangenen Jahren unabhängig von den gewählten statistischen Verfahren das Mass der Ungleichheit stabil geblieben ist. Zudem ist in der Schweiz das Lohnniveau deutlich höher als in der EU und den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Auch die Zahl der Arbeitskräfte, die weniger als zwei Drittel des Medianlohns verdienen, ist hierzulande wesentlich geringer als in den meisten anderen OECD-Ländern. Allerdings zeigt die AHV-Einkommensstatistik, dass zwischen 1997 und 2010 die Zahl der Arbeitnehmer, die jährlich mehr als eine halbe Million Franken verdiente, zugenommen hat. Ihr Anteil am Total der Arbeitnehmer erhöhte sich von 0,08 Prozent auf gerade einmal 0,24 Prozent. Solche Zahlen bieten keine Grundlage für Neiddebatten.

Ein Blick in andere Länder belegt dagegen, welche negative Folgen stark überregulierte Arbeitsmärkte nicht nur auf die Zahl der Arbeitslosen, sondern auch auf das Gefälle zwischen Arm und Reich haben. Arbeit statt Arbeitslosigkeit ist der beste Weg, um Menschen vor dem Sturz in Armut zu schützen. Schaut man nach Frankreich, leiden dort vor allem junge Arbeitskräfte und Geringqualifizierte unter zu hohen Mindestlöhnen. Blickt man nach Italien und Spanien, zeigt sich, welche Schneise der Schutz von Arbeitsplätzen zwischen Beschäftigten, also Insidern, und Arbeitslosen, Outsidern, geschlagen hat. In diesen Ländern haben die Unternehmen keinen Anreiz, Personal fest einzustellen, denn in wirtschaftlich schwierigen Zeiten werden sie es nicht mehr los. Für die ökonomische Realität bedeutet das: Der Schutz des Arbeitsplatzes hat vor allem für Neueinsteiger und Geringqualifizierte fatale ökonomische Konsequenzen. Demgegenüber ist der Schutz der Arbeitslosen, etwa durch eine massvoll ausgestaltete Arbeitslosenversicherung, für einen funktionierenden Arbeitsmarkt von Vorteil.

Einen arbeitsmarktpolitischen Irrweg hat die Schweiz im Gegensatz zu den meisten anderen reichen Industrieländern bisher noch nicht eingeschlagen. Vielmehr basiert das erfolgreiche Arbeitsmarkt-Modell auf Flexibilität, ohne dabei unsozial zu sein. Es existieren keine staatlich verordneten Mindestlöhne, die jungen Arbeitskräften den Einstieg in den Arbeitsmarkt verwehren könnten, Unternehmen stehen nicht vor unüberwindbaren Hürden, um sich von Personal zu trennen. Das hat zur Folge, dass es Arbeitslosen in der Regel nicht schwerfällt, eine neue Stelle zu finden. Trotz diesen flexiblen Bedingungen ist die Schweiz von der angelsächsischen «Hire-and-Fire-Mentalität» weit entfernt. Kooperation statt Konfrontation zwischen den Sozialpartnern hat ihren Teil dazu beigetragen. Die niedrige Arbeitslosenquote ist ein Beleg für den gut funktionierenden und durchlässigen Arbeitsmarkt.

Doch mit den Volksabstimmungen über die «1:12»- und die Mindestlohn-Initiative setzen der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und die Jungsozialisten das bewährte Arbeitsmarkt-Modell aufs Spiel. Die Initianten schreiten Seite an Seite und schreiben sich das Schlagwort «Gerechtigkeit» auf ihre Fahnen. Ein geschickter Schachzug, denn wer gegen Gerechtigkeit ist, kann das Herz nicht am rechten Fleck haben – getreu der Redewendung: «Wer mit 20 Jahren nicht Sozialist ist, der hat kein Herz.» SGB und Jungsozialisten nehmen die moralische Deutungshoheit für sich in Anspruch. Nimmt man als Basis den vom SGB geforderten schweizweiten Mindestlohn von 4000 Franken monatlich, ergibt sich nach der «1:12»-Initiative ein maximaler Lohn von 576 000 Franken jährlich. Damit liesse sich noch immer gut leben. Aber staatlich verordnete Lohnhöhen sind des Teufels.

Kafkaeske Züge

Jenseits aller in den kommenden Monaten noch zu erwartenden Berechnungen über das Für und Wider der Vorstösse wird deutlich, dass die Initianten nicht länger bereit sind, den konsensualen Weg zu beschreiten. Vielmehr wollen sie den zentralen Grundsatz einer liberalen Wirtschaftsordnung aushebeln: Für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gilt hierzulande bei der Festlegung der Lohnhöhe Vertragsfreiheit. SGB und Jungsozialisten ist das ein Dorn im Auge. Folgt man dieser Denkkategorie, müsste der Staat aus Gründen der «Verteilungsgerechtigkeit» für sämtliche Güter Preisspannen vorgeben, damit sie sich alle Bevölkerungsschichten leisten können. Wenn es dem Esel zu wohl ist, geht er aufs Eis tanzen.

Und wes Geistes Kind die Jungsozialisten sind, zeigen deren Überlegungen zu möglichen Versuchen der Unternehmen, die «1:12»-Initiative zu umgehen. Die Lücken könnten juristisch geschlossen werden, etwa indem geplante Auslagerungen von Firmenteilen unter Strafe gestellt würden, heisst es bei den Initianten. Eine Regulierungsspirale mit kafkaesken Zügen setzte sich in Gang und würde dem Standort Schweiz irreparable Schäden zufügen; entweder weil die Unternehmen künftig mehr Zeit für Bürokratie als für das eigene Fortkommen aufbringen oder sie sich gänzlich aus der Schweiz verabschieden würden. Die Initianten lassen mit dem fadenscheinigen Argument der Verteilungsgerechtigkeit nichts unversucht, die Axt an die Wurzel des Schweizer Wohlstands zu legen. Die Schweiz würde mit diesem Schritt ihre Verlässlichkeit aufs Spiel setzen und damit ihren wichtigsten Trumpf aus der Hand geben.

Empfehlen 90

Twittern 2